



BARRIERE

Gemeinsam in eine positive Rischer Zukunft!

Wenn jeweils im Spätherbst die letzten Blätter von den Bäumen fallen, flattert auch die «Barriere» in die Rischer Briefkästen. In unserer Partei-Zeitschrift blicken wir zurück auf das vergangene Polit-Jahr in der Gemeinde Risch und ziehen Bilanz.

Nach stürmischen Jahren mit aufgeregten, teils sogar feindseligen Auseinandersetzungen an Gemeindeversammlungen verläuft die Rischer Polit-Szene wieder in normalen Bahnen. Pragmatische und gemeinsam verrichtete Alltagsarbeit hat das Parteien-Denken glücklicherweise wieder in den Hintergrund verdrängt. Auch die Lehrpersonen an den Schulen Risch haben wieder Vertrauen in ihre Führungskräfte und sind motiviert, neue Visionen zu entwickeln (Tagung vom 11./12. September 09 als Startpunkt). Nach Monaten der Kräfte raubenden Auseinandersetzungen ermöglicht es dieser politische «Rischer Frühling» allen Beteiligten, sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren zu können: Gemeinsam sinnvolle Lösungen zum Gemeinwohl aller EinwohnerInnen dieser Gemeinde zu finden.

Wer ein Jahr zurückblickt, stellt grosse Veränderungen in der Führungsscrew der Gemeinde Risch fest. Peter Hausherr übernahm mitten in einer Legislaturperiode das Gemeindepräsidium von Maria Wyss. Ueli Kläy, der von fast allen Parteien in Frage gestellte Personalchef, verliess im Frühling still und plötzlich seinen Posten und wurde durch Peter Stöckli ersetzt. Gleichzeitig leitete der Regierungsrat des



Auch Bahnhof Nord verändert sich zum Positiven.

Kantons Zug in diesem Sommer eine Untersuchung einiger umstrittener Vorgänge in der Gemeindeverwaltung innerhalb der letzten Jahre ein. All dies sind Nachwehen der inakzeptablen Zustände an den Schulen und in der Gemeindeverwaltung, auf die wir vom Gleis 3 die Gemeindeversammlung vom November 2007 als erste aufmerksam gemacht haben. Manchmal mahlen die politischen Mühlen eben langsam, aber stetig...

Auch wir Gleiserinnen und Gleiser hoffen, dass in Zukunft Projekte der Gemeinde Risch wieder parteiübergreifend und gemeinsam angepackt werden können. Trotzdem sind wir überzeugt, dass nur die Person, die genau hinschaut, aus der Vergangenheit echte Lehren ziehen kann. In diesem Sinne warten wir gespannt auf die Ergebnisse der regierungsrätlichen Untersuchung und versprechen unseren Wählerinnen und Wählern, auch in Zukunft ganz genau hinzuschauen...

Es grünt!

Anlässlich ihrer Generalversammlung traten die Alternativen des Kantons Zug neu den «Grünen Schweiz» bei. Gleis 3 behält seinen Namen und profitiert gleichzeitig vom grünen Netzwerk bis hinauf in beide eidgenössischen Kammern. Die Mitglieder von Gleis 3 legen zwar den Fokus ihrer Tätigkeit auf Rischer Themen, kämpfen aber auch immer wieder für überregionale Anliegen, indem sie entsprechende Unterschriften in der Bevölkerung sammeln.

Vorstand Gleis 3 Alternative
www.gleis3.ch



INHALT

- 1 Rischer Zukunft
- 2 JungbürgerInnen melden sich
- 3 Wohnen im Alter
- 4 Uferzone unter Druck
- 6 Abstimmung Tangente Zug-Baar
- 7 Aus dem Kantonsrat
- 8 Aktuelles, Agenda

«Vielleicht wird bald über eine Diskothek abgestimmt!»

2 **Wiederum wurden die JungbürgerInnen (geb. 1991) als nun erwachsene Gemeindemitglieder an der Jungbürgerfeier begrüsst. Wie sie die Gemeinde Risch sehen, was sie sich von ihrem Dorf wünschen und was sie von der Politik halten, dies wollten wir auch diesmal wieder in Erfahrung bringen.**



Nadja Malul

Was findest du positiv, was negativ an der Gemeinde Risch Rotkreuz?

Nadja-Yael Malul-Frey (Lehre als Drogistin): Die zentrale Lage der Gemeinde ist top, die Lokalitäten und Treffpunkte für Jugendliche sind flop!



Philipp Galliker

Philipp Galliker (Lehre als Konstrukteur): In der Gemeinde Risch Rotkreuz hat man in alle Richtungen eine sehr gute Zug- und Busverbindung. Ausserdem fühle ich mich in Rotkreuz so richtig «deheime».

Als Negativ oder eher störend finde ich, wie sich gewisse junge Ausländer und Schweizer in Sachen Respekt benehmen.



Vincent Galliker

Vincent Galliker (Lehre als Strassenbauer):

Mir fällt nur etwas Negatives ein: Für die Jugendlichen gibt es zu wenig Unterhaltung. Ein Club wäre nicht schlecht!



Miriam Wyder

Miriam Wyder (Lehre als Detailhandelfachangestellte):

Dass Jugendarbeiter eingesetzt werden, finde ich gut. Risch hat in den Medien einige Male für negative Schlagzeilen rund ums Thema Gewalt gesorgt. Da fragt man sich schon, warum dies ausgerechnet bei uns ein so grosses Problem ist.

Was würdest du als erstes ändern, wenn du die Macht dazu hättest?

Nadja Malul: Ich würde nichts ändern, sondern würde mich mehr für das Wohl der Jugend einsetzen. So müssten verschiedene Möglichkeiten geschaffen werden, wo die verschiedenen Gruppierungen sich regelmässig treffen könnten, um unter sich zu sein. Es fehlen Räumlichkeiten in der Öffentlichkeit, wie Bars, Clubs etc. zusätzlich zum Jugendhaus, von dem sich viele Jugendliche nicht angesprochen fühlen.

Philipp Galliker: Als allererstes würde ich für die jungen Erwachsenen (18-24) eine Diskothek in Rotkreuz eröffnen, wo man verschiedene Veranstaltungen, aber auch Live-Konzerte durchführen könnte. Die Türen würden selbstverständlich erst um etwa 4 Uhr morgens geschlossen.

Vincent Galliker: Ich würde für mehr Unterhaltung für die Jugendlichen und für ein grosses Einkaufszentrum sorgen.

Miriam Wyder: Ich würde mehr Freizeitmöglichkeiten für die Jungen schaffen. Unser Dorf ist bald so gross wie eine Stadt und wir müssen zum Bowling- oder Billardspiel immer nach Meierskappel gehen. Es braucht auch weitere Treffpunkte und Clubs für die Jungen.

Interessiert dich Politik? Wirst du stimmen gehen?

Nadja Malul

Ich bin gegenüber dem Thema Politik nicht abgeneigt, mich interessieren die Abstimmungsthemen. Ich werde mich gerne an der Urne beteiligen.

Philipp Galliker: Die Politik ist ein sehr umfangreiches Thema und interessiert mich sehr, aber ich habe ehrlich gesagt noch nicht richtig realisiert, dass ich jetzt Stimmbürger bin und abstimmen kann. Ich bin schon gespannt wie es ist, für etwas zu stimmen, vielleicht wird ja schon bald über eine neue Diskothek abgestimmt!

Vincent Galliker: Mich interessiert Politik nicht besonders. Ich würde aber schon stimmen gehen, wenn es interessanter wäre.

Miriam Wyder: Mich interessiert immer gerade das, was aktuell ist. Deshalb werde ich auch abstimmen.

Interview Esther Gödl-Galliker

Herausforderung Wohnen und Pflege im Alter

Die Gemeinde Risch ist im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz eine junge Gemeinde. Sie weist einen grösseren Anteil an Wohnbevölkerung zwischen 1 und 55 Jahren auf, jedoch eine wesentlich kleineren für die Jahre ab Alter 55. Die Zahlen zeigen auf, dass die Gemeinde noch zirka 20 Jahre Zeit hat, sich im Bereich Pflege auf die geburtenstarken Jahrgänge vorzubereiten.

Die demografischen Zahlen wurden anlässlich der Erarbeitung des Altersleitbildes im Jahre 2007 erhoben und lassen sich mit dem überdurchschnittlich starken Wachstum der Gemeinde erklären, welches den Zuzug von jungen Erwachsenen und Familien begünstigt. Darin wird die Entwicklung als «Ruhe vor dem Sturm» umschrieben. Bis ins Jahr 2030 ist mit einer Verdoppelung der für unsere Gemeinde benötigten Pflegebetten zu rechnen. Im Herbst 2008 beauftragte der Gemeinderat die Strategiegruppe «Wohnen im Alter», sich mit den verschiedenen Anforderungen zu Wohnen und Pflege im Alter auseinander zu setzen. Mit fachlicher Unterstützung wurde die zukünftige Ausrichtung erarbeitet. Dabei galt es zu klären, welche Bedürfnisse abzudecken sind, insbesondere welche speziellen Angebote bis wann geschaffen werden müssen. Der stetig wachsende Teil von Menschen mit Demenz stellt besondere Anforderungen an die Planung von Pflegeeinrichtungen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit unter den Gemeinden anzustreben, um Engpässe in diesem und anderen speziellen Pflegebereichen zu überbrücken.

Die Gemeinde ist bestrebt, in Zentrumsnähe Wohnen und Pflege anbieten zu können. Einkaufsläden, Post, Bank, Bahnhof oder Busstation und Restaurants oder Cafes sollen für die älteren Menschen leicht erreichbar sein. Soziale Kontakte sind gerade im Alter besonders wichtig, um der Vereinsamung vorzubeugen.



Es muss auch darauf geachtet werden, dass ein der Nachfrage entsprechendes Angebot für die verschiedenen Nutzungen zur Verfügung steht. Dies kann erreicht werden, in dem Bauten schon in der Planung für eine flexible Nutzung vorgesehen werden. Alterswohnungen können zum Beispiel so gebaut werden, dass sie bei steigendem Pflegebedarf mit geringem Aufwand in Pflegewohngruppen zusammengefasst werden können. Altersgerechte Wohnungen sind mit privaten Bauherrschaften zu planen und zu verwirklichen. Auch hier ist es von Vorteil, dass diese in Zentrumsnähe gebaut werden.

Dank der Unterstützung der Spitex können ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Eine Zunahme der Spitexleistungen zeichnet sich bereits ab und wird in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass

pflegende Angehörige entlastet werden können. Nacht- und Ferienplätze sollen im Rahmen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit in der Gemeinde angeboten werden können. Als Ergänzung stehen die Pflegeheime mit regionalem Leistungsauftrag für spezialisierte Aufgaben zur Verfügung.

In den kommenden Jahren wird sich die Gemeinde intensiv mit dem Thema Alter auseinandersetzen. Die Planung von baulichen Vorhaben setzt auch die Planung von finanziellen Mitteln voraus. Deshalb hat der Gemeinderat eine Steuerungsgruppe damit beauftragt, die nächsten Schritte einzuleiten und die Umsetzung der Strategie an die Hand zu nehmen. Sie wird mit fachlicher Begleitung Lösungsvorschläge erarbeiten.

*Dorothea Wattenhofer-Reichardt,
Gemeinderätin, Abteilung Soziales /
Gesundheit*



Uferzonen unter massivem Druck

4 **Das Ufer der Schweizer Seen muss nach dem Gesetz zugänglich gemacht werden. Doch noch immer sind Uferabschnitte Privateigentum und vielfach die Zugänge verbarrikiert. Verschlossene Tore vor Seezugängen, Villen am Buonaser und Rischer Ufer und eine geplante Ausbildungsstätte für Novartis im Aabach zeigen die Angst der Behörde, sich gegenüber vermögenden Steuerzahlenden durchzusetzen.**

8 km Seeufer für alle

Die Naherholung hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung stetig zugenommen. Das wird sich in Zukunft zweifellos verstärken. Die Menschen wollen sich abseits von Lärm und Hektik erholen. Gerade in diesem sonnigen Sommer wurde vielen Menschen bewusst, über welches wunderschöne Ufer und über welche idyllischen Badeplätze wir verfügen: Die Buonaser Bucht beidseits der Schiffflände, das romantisch-stille Uferbändli in Zweiern, der wundervolle Ausblick bei der Kirche St. Verena Risch! Welche Juwelen in unserer Gemeinde! Sie sind uns ans Herz gewachsen und deshalb unverzichtbar.

Das Bedürfnis nach Erholung und Bewegung entlang der Seeufer braucht aber auch sorgfältig angelegte Uferwege. Nach der Stadt Zug hat die Gemeinde Risch die längste Seeuferstrecke, rund 8 km. Aber im Gegensatz zu den harmonisch angelegten Fusswegen des Zuger und des Chamers Ufers hat unser Seeufer diesbezüglich wenig zu bieten, obwohl es sich hervorragend dafür eignen würde. Das Schaffen von Uferzugängen und Uferwegen ist als gesetzlicher Auftrag klar festgehalten (siehe Kasten). Statt mit den Uferwegen vorwärts zu machen, wurden die Ufergebiete weiter privat von finanzkräftigen Leuten bebaut und die öffentlichen Interessen bezüglich der Uferwege ignoriert.

Villen statt Naturidyllen

Vergangenen Februar brachte die Gemeinde einen Bebauungsplan Schlossweg Buonas zur öffentlichen Auflage. Ohne vom Stimmvolk

- «See- und Flussufer sollen freigehalten und öffentlicher Zugang und Begehung erleichtert werden» (Raumplanungsgesetz)
- «Ich stelle fest, dass man mehr tun könnte». «Darum ist es nötig, dass lokal Druck ausgeübt wird» (P.-A. Rumley, Direktor Bundesamt Raumentwicklung a. D., Zitat Sonntagszeitung)
- «Es ist einfach inakzeptabel, dass in einer Demokratie die Gesetze nicht angewendet werden unter dem Druck von Geld» (Victor von Wartburg, Verein Öffentliche Ufer, www.rivespublique.ch)

abgesegneten Bebauungsplan kann in diesem empfindlichen Gebiet direkt am geschützten Ufergebiet südlich der Schiffflände nicht gebaut werden. Das verlangt die Zonenordnung der Gemeinde.

Wenn es um gewichtigere Änderungen in den Ufergebieten geht, dann heben die Stimmbürger den Kopf und melden sich entschieden zu Wort. Wir erinnern an die ehemaligen Pläne «Chinesische Mauer» und Badi in Buonas, oder das Paraplegiker-Zentrum. Kein Wunder also, wenn auch dieser Plan zu diskutieren gibt. Denn es geht um wesentliche Eingriffe in die Buonaser Uferlandschaft von drei Hektaren Grösse. Der Entwurf des Bebauungsplanes sah eine massive Bebauung von 12 grossen Villen mit total 5200 m² Geschossflächen vor! Doch nun hat der Rischer Gemeinderat dem Druck der Bevölkerung nachgegeben. Er macht den Änderungsvorschlag, die Bebauungsplanpflicht Schlossweg Buonas aufzuheben und dieses Areal in eine W1-Zone mit speziellen Vorschriften und mit nur noch 6 Baufeldern umzuzonen. Die neuen Vorgaben des Gemeinderates sind noch nicht öffentlich, dass wir dazu Stellung nehmen könnten.

Bebauungsplan Schlossweg Buonas

Gleis 3 Alternative Risch hat den Plan studiert und sich eine Meinung gebildet. Unser Fokus ist auf das öffentliche Interesse und die gesetzlichen Bestimmungen gerichtet. Ende Februar 2009 haben wir die Stellungnahme dem Gemeinderat Risch unterbreitet und an einer Besprechung erläutert.

- Reglementgemäss sind die erhöhten Qualitäts-Anforderungen, die für bebauungsplanpflichtige Gebiete gelten, ausdrücklich zu erfüllen.

Unsere Einwände und Anregungen lauten:

- Besonders gute Gestaltung und Einordnung, gute Spiel-, Freizeit- und Gemeinschaftsanlagen, ökologische Qualität und Energieversorgung



Uferzone Aabach von Konzern unter Druck

In den vergangenen Monaten haben Presseberichte auf Pläne von Novartis in Oberrisch hingewiesen. Nach verschiedenen Berichten soll in der Liegenschaft Aabach die Landwirtschaft ganz aufgegeben, der naturnahe Park vollständig umgestaltet und neu Hotel- sowie Ausbildungseinrichtungen in Kostenhöhe von 90 Mio Franken gebaut werden. In aller Stille bereiten zurzeit Novartis, die Kantone Zug und Luzern sowie die Gemeinden Risch und Meierskappel die Pläne und – so ist anzunehmen – das Vorgehen vor. Erstaunlich ist dies deshalb, weil das fragliche Gebiet ganz bzw. überwiegend in der Landwirtschaftszone, im

Waldareal und in der kantonalen Seeuferschutzzone liegt und deshalb keine Zonenkonformität besteht. Die Zonenordnung wurde erst 2007 genehmigt. Die Nutzungsplanänderung für Einzelfälle müsste aber als willkürlich eingestuft und könnte deshalb dem Stimmvolk gar nicht erst vorgelegt werden. Wenn der mächtige transnationale Konzern Novartis das Ufergebiet zweckentfremden darf, wie kann man dann noch weitere Begehren von ähnlichen oder weniger mächtigen Gesuchstellenden irgendwo entlang dem Ufer abschlagen? Wir kommen unweigerlich zum Schluss, dass nun in erster Linie ökologische Fragen und die öffentlichen Interessen wie Zugang und Wege am

Rischer Ufer zur Sprache kommen müssen, statt umgekehrt Uferzonen für die Bevölkerung zu reduzieren. Mehr Möglichkeiten für Naherholungsgebiete zu schaffen, diese gesundheitsfördernde Haltung wäre ein wirkungsvolles «Pharmazeutikum» für Natur und Mensch und müsste von den Behörden und nicht zuletzt auch von Novartis gefördert werden!

5

*Liebe Leserinnen, liebe Leser, wie denken Sie über die Zukunft der Ufernutzung? Teilen Sie uns Ihre Meinung mit: gleis3-risch@gmx.ch oder Gleis 3 Alternative, Unt. Haldenweg 5, 6343 Rotkreuz.
Homepage: www.gleis3.ch*

- Das Mass der baulichen Nutzung des Grundstückes ist im öffentlichen Interesse (Uferschutz, Aussichtsschutz) wesentlich zu reduzieren
- Es ist auf eine erträgliche Verteilung der Baumasse zwischen den Geschossen zu achten
- Die Bepflanzung und deren Pflege ist so zu gestalten, dass die umfassende Aussicht auf das Buonaser Ufer gewährleistet bleibt.
- Der Flurweg St. German bis Pförtnerhaus Schloss muss öffentlich begehbar werden.

Damit die demokratischen Anforderungen erfüllt werden, reicht es nicht aus an der Gemeindeversammlung über den Bebauungsplan Schlossweg zu entscheiden. Da nehmen in der Regel höchstens etwa 2-4 Prozent der Stimmberechtigten teil, und darum verlangt Gleis 3 Alternative eine Abstimmung an der Urne.



Nein zum sinnlosen Strassenbauprojekt

6 Die neue Strasse vom Autobahnanschluss Baar über Inwil hinauf Richtung Talacher und Ägerital bringt der Bevölkerung und der Umwelt vor allem Nachteile. Zudem stehen Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis.

Am 29. November werden wir darüber abstimmen, ob für 200 Mio. Franken die Tangente Zug/Baar gebaut werden soll. Aus unserer Sicht überwiegen bei diesem Strassenprojekt die Nachteile bei weitem:

1. Argument: Die Tangente wird nicht dazu verhelfen Stausituationen zu beheben. – Tatsache ist, dass die Staus nicht behoben, sondern nur verlagert werden. Gerade mit dem Sechsspurausbau der Autobahn wird dies in unserer Region besonders sichtbar werden. Ebenso wird die Tangente die täglichen Staus in Zug und Baar nicht auflösen können. Namentlich

bei der Autobahnauffahrt Baar, beim Knoten Süd-/Weststrasse wird es zusätzliche Staus geben, da dieser Knoten bereits mit der Eröffnung der Nordzufahrt an seine Kapazitätsgrenze stossen wird.

2. Argument: Die Strassenbefürworter finden, es würde zu wenig in neue Strassen investiert. – Tatsache ist, dass die Nordzufahrt im Sept. 2009 eröffnet wurde. Weiter wird die Umfahrung Cham-Hünenberg für 180 Mio. Franken gebaut und die A4 auf sechs Spuren erweitert. Auch die Autobahnausfahrt Rotkreuz wird ausgebaut und die Dorfzentren von Baar

und Steinhausen werden mehrfach mit Teilumfahrungen entlastet. Der Neubau der Strecke Grindel-Bibersee (Cham/Steinhausen) ist beschlossen. Wird da wirklich zuwenig investiert?

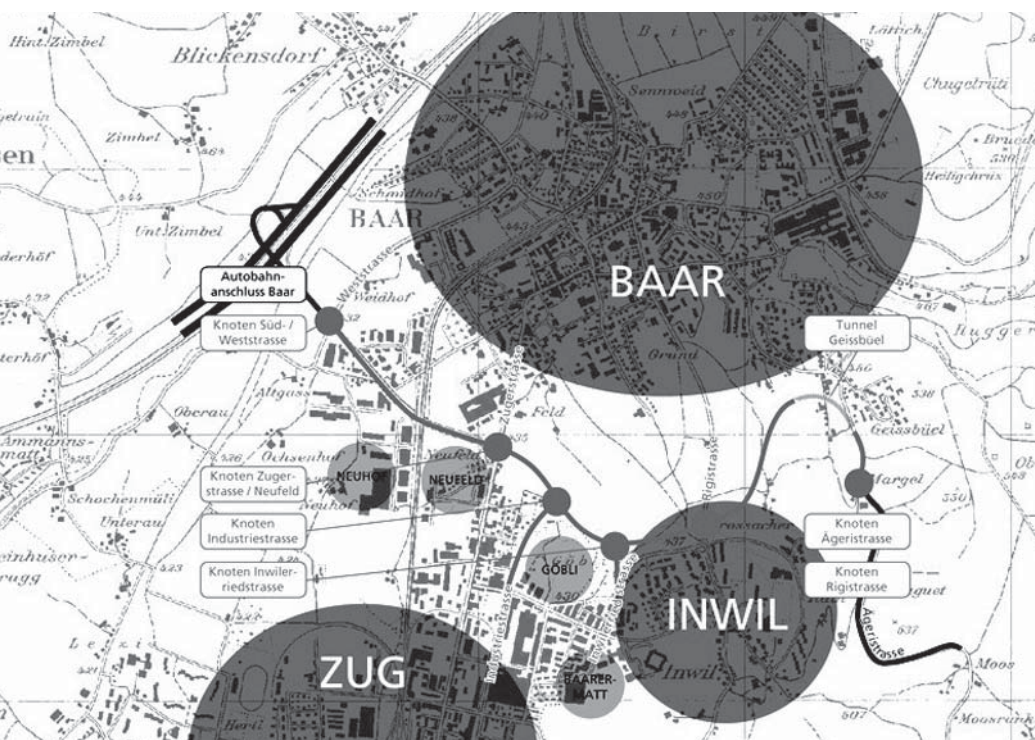
3. Argument: Die Tangente soll die Berggemeinden direkt mit der Autobahn verbinden. – In Wirklichkeit wollen nur ein Drittel der Automobilen, die über den Kreisler Talacher fahren, direkt auf die Autobahn. Die überwiegende Mehrheit fährt weiterhin in die Zentren von Baar und Zug, weshalb die Tangente auch keine effektive Entlastung dieser Zentren, sondern höchstens streckenweise Umverlagerungen, z.B. auf die Guthirtstrasse, bewirken würde.

4. Argument: Die Arbeitsplatzgebiete von Inwil und Göbli sind schlecht erschlossen. Um diese Tatsache zu ändern, muss aber der grüne Hang zwischen Baar und Inwil nicht mit einem breiten Asphaltband zerschnitten und ein wichtiges Naherholungsgebiet unwiderrufflich zerstört werden. Dies liesse sich mit einer viel kürzeren Erschliessungsstrasse lösen.

5. Argument: Der verkehrsmässige Nutzen für Zug und Baar ist gering, das zeigen Modellrechnungen des Kantons. Auch der Prüfbericht des Bundes für das Agglomerationsprogramm Zug weist auf das ungenügende Kosten/Nutzen-Verhältnis hin. Die Immissionen würden in andere bestehende Siedlungsgebiete umverlagert, und der Zersiedelungseffekt und Flächenverbrauch würde Mensch und Landschaft für immer beeinträchtigen.

Am 29. November 2009: **NEIN** zum Bau der Tangente Zug-Baar!
Weitere Informationen unter www.gruene-lunge.ch

Tangente Zug-Baar: Nein zum überdimensionierten 200 Mio. Strassenbauprojekt!



Stimmvolk darf entscheiden

Dank Initiative und Referendum kann das Zuger Stimmvolk bald über folgende kantonale Vorlagen abstimmen:

Unser Kantonsspital ist Service public

Der Kanton und somit die Bevölkerung besitzen 95 Prozent der Aktien des Kantonsspitals und haben trotzdem fast keine Mitbestimmung, da die AG privatrechtlich ist. Unser Kantonsspital muss wieder öffentlich-rechtlich werden. In etwa einem Jahr dürfen Sie darüber abstimmen. Unser Kantonsspital ist ein Pfeiler unserer Gesundheitsversorgung. Es hat für die Zuger Bevölkerung eine grosse Bedeutung. 1998 beschloss eine Mehrheit des Kantonsrates – gegen den Willen des Regierungsrates – das Kantonsspital in eine privatrechtliche AG umzuwandeln. Das damals begründete Referendum hatte leider beim Stimmvolk keine Chance. Die nun schlechten Erfahrungen mit der privatrechtlichen Organisationsform bestätigen alle Befürchtungen. In den meisten Kantonen sind die Spitäler öffentlich-rechtlich organisiert. Damit bleiben die notwendigen unternehmerischen Freiheiten des Kantonsspitals gewahrt. Diese Gesetzesinitiative wurde lanciert von den Alternativen – die Grünen, CSP und verschiedenen Berufsverbänden und Gewerkschaften.

Wieder Änderung des Wahl und Abstimmungsgesetzes (WAG)

Das revidierte WAG, welches seit Dezember 2006 in Kraft ist, wurde noch nie angewendet, und schon wollen CVP und FDP es wieder ändern, um ihre Machtposition zu festigen. In Zukunft sollen Listenverbindungen verboten werden. Gemäss Kantonsverfassung muss aber der Proporz bei Wahlen zum Tragen kommen. Mit diesem Verbot von Listenverbindungen entfernt sich der Kanton von seinem eigenen Grundsatz. Dass auch die Regierung dem Druck der beiden grossen Parteien nachgegeben hat, ist nicht zu verstehen.



Hanni Schriber-Neiger:
«In der Politik kann man selten zurücklehnen.»

Im Gegenzug schlugen die linken Fraktionen in einer Motion im Kantonsrat das Zählverfahren «Doppelter Pukelsheim» vor, welches von den Bürgerlichen abgelehnt wurde. Nur mit diesem Zählverfahren wäre aber gewährleistet, dass der Zuger Kantonsrat tatsächlich entsprechend den wahren Kräfteverhältnissen der Parteien zusammengesetzt ist. Stattdessen soll nun jede abgegebene Stimme im Wahlergebnis ihren «gleichwertigen» Niederschlag finden.

Gegen dieses neue unfaire Wahlgesetz ergriffen die Alternativen – die Grünen, CSP, SP und Grünliberale das Referendum. Somit darf auch bald über die Frage eines wieder abgeänderten Wahl- und Abstimmungsgesetzes abgestimmt werden.

Mit einer Beschwerde ans Bundesgericht soll zu diesem Thema auch das Recht sprechen. Wir hoffen auf Erfolg, da der Kanton Aargau auf diesem Weg in die Schranken verwiesen wurde und im März 09 nach dem «Doppelter Pukelsheim»-Verfahren wählte.

Energieeffizienz endlich fördern

Ein Förderprogramm zur Energieeffizienz hat endlich auch in unserem Kanton Einzug gehalten. Es zielt auf verschiedene Massnahmenbereiche, unter anderem auf die Aussenhüllen von Gebäuden und elektrotechnische Einrichtungen in Betrieben. Doch ist der Kantonsbeitrag von 4 Mio. Franken für vier Jahre sehr bescheiden ausgefallen! Zwei Anträge für einen höheren Kredit fanden leider im Kantonsrat keine Mehrheit. Aus Erfahrungen in andern Kantonen weiss man aber, dass die Nachfrage nach Förderbeiträgen sehr gross war und die Rahmenkredite deshalb in kurzer Zeit schon aufgebraucht waren. Mit weiteren Anreizprojekten und Verbindlichkeit z.B. beim Energieausweis für Gebäude kann noch mehr im Kanton für die Energieeffizienz getan werden.

*Hanni Schriber-Neiger, Kantonsrätin,
Alternative Grüne Fraktion, AGF*

Aktuelles

8 Erklärung «Zug zeigt Zivilcourage»



- Wir schätzen unsere Jugendlichen – gemeinsam mit ihnen gestalten wir unsere Zukunft.
- Wir sind uns bewusst, dass wir alle Vorbilder sind, und wir nehmen diese Verantwortung wahr.
- Wir zeigen Interesse, nehmen Anteil und fördern die Jugendlichen in ihren Fähigkeiten.
- Wir erwarten Respekt, genauso wie wir selbst Respekt zeigen.
- Wir kommunizieren klare Regeln und Grenzen und setzen deren Einhaltung konsequent durch.

- Wir haben den Mut, hinzuschauen und Probleme zu benennen. Wir greifen in unserem Bereich und nach unseren Möglichkeiten ein.
- Wir outen uns als Zugerinnen und Zuger mit Zivilcourage!

Formuliert aus den gemeinsam erarbeiteten Grundlagen der 230 Konferenzteilnehmenden vom März 2009.

Mehr Infos auf www.jugend-zug.ch

Dazu Veranstaltung in Rotkreuz:
Donnerstag, 19. November 2009,
19.30 Uhr, Dorfmatssaal



AGENDA

Samstag, 7. November 2009
9-12 Uhr
Stand gegen Tangente Zug-Baar

Donnerstag, 12. November 2009,
19.30 Uhr
Sitzungszimmer 1. Stock, Dorfmat
Parteiversammlung zu den Traktanden der Gemeindeversammlung

Dienstag, 24. November 2009
Gemeindeversammlung

Sonntag, 29. November 2009
Eidg. und kant. Urnenabstimmung
NEIN zur Tangente Zug-Baar

Samstag, Juni 2010
9-12 Uhr Dorfmarkt mit dem beliebten Gleiserkaffee.
Ihr Besuch würde uns freuen!

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG der Jungen Alternative – die Grünen Zug

Donnerstag, 5. November 2009,
20 Uhr, Siehbachsaal, Chamers-
strasse 33, Zug

Werde Mitglied:
www.alternative-zug.ch/junge
junge@alternative-zug.ch

Vorstand Gleis 3 Alternative Risch
Hanni Schriber-Neiger, Präsidentin und KR,
Esther Gödl-Galliker, Vize,
Markus Thalmann, PR,
Claudine Anderhub-Reifler, Kassierin,
Dorothea Wattenhofer-Reichardt, GR,
Bruno Unternährer, Vorstandsmitglied
Alternative-die Grünen Kt. Zug

NEIN

zum 200 Mio. Strassenbau-
projekt Tangente Zug-Baar

Barriere Nr. 1/2009
23. Jahrgang
Rotkreuz, November 2009

Auflage: 4400 Exemplare
erscheint 1- bis 2-mal jährlich
für alle Haushalte der
Gemeinde Risch

Herausgeber: Vorstand Gleis 3
Alternative Risch

Meinungen und Anregungen:
Gleis 3 Alternative Risch
6343 Rotkreuz, Tel. 041 790 33 21
www.gleis3.ch, gleis3-risch@gmx.ch

Spendenkonto:
Raiffeisenbank Rotkreuz
PC 60-5726-6, Konto Gleis 3

Herzlichen Dank, wenn Sie uns
finanziell unterstützen und den
Einzahlungsschein benützen!

